

ZINNECKERS GEDANKEN – 02 / 2017

DIE PRÄSIDENTSCHAFT VON DONALD TRUMP-EIN RISIKO FÜR EUROPA?

Make America great again! Mit diesem Slogan hat Donald Trump seinen Wahlkampf geführt und ist als 45. Präsident der USA gewählt und am 20 Januar 2017 in sein neues Amt eingeführt worden. Viele Bürger, vor allem die Deutschen, fragen sich jetzt zurecht, was von nun an politisch und ökonomisch auf Deutschland und Europa zukommen wird.

Es ist müßig, darüber zu lamentieren, wie das geschehen konnte. Fest steht nur, dass ähnlich wie bereits in Großbritannien, das amerikanische Volk aus den verschiedensten Gründen mit der Entscheidung für Donald Trump das amerikanische Establishment, das sind nicht nur Washington, sondern auch die übrigen Führungseliten aus allen Gesellschaftsschichten, abgewählt hat. Dazu muss auch Donald Trump gezählt werden.

Seit dem Ende der achtziger Jahre ist in den USA die Schere zwischen arm und reich Jahr für Jahr immer weiter auseinander gegangen. In den letzten 35 Jahren sind ganze Einkommens- und Vermögenschichten trotz des stetig steigenden Bruttosozialproduktes als Opfer einer verfehlten Ordnungs-, Bildungs-, Fiskal-, Wirtschafts-, und Außenpolitik auf der Strecke geblieben. Das ist der Zeitraum der Regierungen der Präsidenten Bush sen., Clinton, Bush jr. und Obama. Sie alle haben mit ihrer spätkapitalistischen Macht- und Finanzpolitik das seit den fünfziger Jahren entstandene Sozialgefüge und den Mittelstand ausgehebelt, anstatt nachhaltige Visionen für die wirtschaftliche und soziale Zukunft für das Volk zu entwickeln und umzusetzen. In diesem Punkt scheint sich Herr Trump allerdings von seinen Vorgängern zu unterscheiden, auch wenn die Ernsthaftigkeit und die realistische Chance der Umsetzbarkeit auf Grund seines bisherigen Auftretens zum jetzigen Zeitpunkt angezweifelt werden muss.

In Europa und in der EU sieht die Lage heute eigentlich nicht viel besser aus, wenn man den Zeitraum seit der Wiedervereinigung betrachtet. In Deutschland z.B. sind die Realeinkommen und die Vermögen für den größten Teil der Bevölkerung trotz eines stetig wachsenden Wirtschaftswachstums seitdem nicht weiter angestiegen. Zwar gab es die Vision eines vereinten Europas, die Umsetzung ist aber wegen der Partikularinteressen der jeweiligen Partnerländer und der Unfähigkeit der nationalen und europäischen Politikbürokratie bisher vereitelt worden. Auch hier haben die Führungseliten ähnlich wie in den USA und in England in wesentlichen Teilen versagt.

Wie beschwerlich die Zukunft für die in Europa heranwachsende Generation werden kann, hat der verstorbene Präsident Roman Herzog bereits in seiner „Ruckrede“ vom 26.4.1997 in Berlin heraufbeschworen. Ihr Inhalt ist nach fast 20 Jahren heute aktueller denn je, weil auch Deutschland und die EU-Länder in einem ähnlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dilemma wie die USA stecken. Ich empfehle daher jedem Leser, diese historische Rede noch einmal nachzulesen. Sie macht deutlich, wohin Deutschland und Europa steuern werden, wenn die Führungseliten aller Richtungen nicht begreifen, dass mit dem „weiter so“ die soziale und ökonomische Zukunft dieser Region in den nächsten 10 bis 20 Jahren auf dem Spiel steht. Der Anfang ist mit dem BREXIT gemacht und der Ausgang der Wahlen in Europa und in Deutschland wirft schon heute viele Fragen auf.

Seit der Finanzkrise 2008 sind alle Reformvorhaben in Deutschland und in der EU nicht nur ins Stocken geraten, sondern einfach auf Eis gelegt worden. Zu sehr sind seitdem die Länder und ihre

Parteien mit sich selbst beschäftigt gewesen. Die Dublin und Schengen Abkommen waren juristisch nicht ausgereift und am Ende ein Flop. Die EU Bankenkrise ist trotz oder wegen der EZB-Politik bisher nicht gelöst, Italien und Griechenland hängen finanziell weiter am seidenen Faden, die EU-Finanzordnung und die Sicherung des Euro liegen in weiter Ferne, und die aufgeblähte EU Verwaltung in Brüssel wird für die Bürger immer undurchsichtiger. Das sind nur einige Punkte.

In Deutschland sind seit der Wiedervereinigung die Forderungen nach einem neuen Grundgesetz, der Reform der Bundesländer, der Wahlrechtsreform, der Steuer- und Renten-Reform und der Deregulierung nicht umgesetzt worden. Dafür fanden sich keine Mehrheiten trotz der beiden letzten großen Koalitionen. Sie haben außer des überstürzten Ausstiegs aus der Kernkraft aus Wahl taktischen Überlegungen und der für die EU fatalen Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge aus Asien und Afrika eine Grund legende Neuausrichtung der deutschen Politik nicht zu Stande gebracht.

Zudem hängt über allen Zivilgesellschaften seit Jahren das Damoklesschwert der rasch voranschreitenden Digitalisierung, die über die Zeit hinweg weltweit das gesamte Produktions- und Sozialwesen auch in Deutschland revolutionieren wird und unter dem Begriff Industrie 4.0 bekannt ist. Gerade heute wäre eine gesellschaftstragende Vision seitens der Politik und seiner übrigen Führungseliten notwendig, die heute die Frage beantworten, wie in 20 Jahren unsere Demokratie aussehen, wie unser Staatswesen funktionieren und wovon die deutsche Gesellschaft leben soll. Was heißt das für die Bildung, die Beschäftigung, die Finanzen, für die Renten und die Altenpflege? Diese Vision mit ihren notwendigen Zukunftsinvestitionen fehlt bis heute weitest gehend, und der mögliche dritte Aufguss der großen Koalition lässt nichts Gutes für die nächsten vier Jahre erhoffen. Es gibt leider heute keine sichtbare politische Gruppierung, die dem Volk die Einsicht in die Notwendigkeit einer radikalen Umkehr weg von Staatlichkeit und hin zu Eigenverantwortung vermittelt und bereit wäre, auch die strukturpolitischen Voraussetzungen zu schaffen.

Das gilt im Grunde für alle Länder Europas, vielleicht mit der Ausnahme Frankreichs nach der Wahl. Die Deutschen und alle Europäer müssten eigentlich am Beginn der Ära Trump erkennen, dass die Gemeinsamkeit in einer starken EU das einzige Mittel ist, um den äußeren politischen und ökonomischen Herausforderungen in der Zukunft zu begegnen. Dieser Wille ist aber bisher kaum erkennbar. Das ist Besorgnis erregend.

Dies gilt umso mehr, wenn die Ideen einer Deglobalisierung wie in England weitere Anhänger finden würden. Offensichtlich passt das auch in das Vorstellungsmuster des neuen Präsidenten Trump. Es gibt offensichtlich immer mehr Toren, die glauben, aus einer Absonderung Profit schlagen zu können. Den Führungsschichten ist offensichtlich nicht klar, dass ein Rückfall in die Nationalstaatlichkeit erhebliche politische und existentielle Risiken für alle mit sich bringen könnte. Man muss die Geschichte der letzten 120 Jahre nicht zu sehr bemühen, um zu erkennen, was passieren kann, wenn politische Eliten über Grenzen hinweg versagen und in Sprachlosigkeit verfallen. Es wäre eine Katastrophe, wenn alle Bemühungen zur friedlichen Zusammenarbeit nach über 70 Jahren mit einem Schlag auf dem Müllplatz der Geschichte landen würden und eine neue Eiszeit anbrechen würde. Diese Sorge sollte Herrn Trump und seiner neuen Administration bei seinem Amtsantritt mit auf den Weg gegeben werden.

20.1.2017